

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

November 2021

hauptstadt magazin

Krematorium
Baumschulenweg –
architektonisches
und technisches
Meisterwerk



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der dbb berlin hat sich auch im Oktober – wie schon im Vormonat – sehr intensiv mit der Personalratsarbeit auseinandergesetzt. In einem Expertenseminar ist abgeklopft worden, was die überfällige Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes auf jeden Fall beinhalten muss. Kurzstatements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu haben wir in dieser Ausgabe abgedruckt.

Viel Staub aufgewirbelt haben die zahlreichen Pannen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 26. September in Berlin. Der dbb berlin ist sich mit dem Hauptpersonalrat einig, dass das Debakel am allerwenigsten den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes anzulasten ist, die in den Wahlvorständen gearbeitet haben. Ganz im Gegenteil: Sie dürften gerettet haben, was noch zu retten war, wie auch unser Bericht aus einem Wahllokal zeigt.

Ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden sind auch wieder einige Mitglieder des dbb berlin. Zwei von ihnen stellen wir in dieser Ausgabe exemplarisch vor.

Das Titelthema im November, einem Monat der traditionell dem Totengedenken bzw. der Besinnung auf die Endlichkeit des Lebens gewidmet ist, ist das Krematorium am Baumschulenweg, das auch ein architektonisches Kleinod darstellt.

Schließlich können sich unsere Rätselfreunde freuen: Zu gewinnen gibt es dieses Mal ein Essen zu zweit und als weiteren Preis einen Korb mit griechischen Delikatessen.

Wie immer wünscht beste Gesundheit und eine gute Zeit

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Personalvertretungsgesetz

dbb Experten legen Weichenstellungen fest 4

Berufspolitik

Gleichbehandlung darf keine
Einbahnstraße sein! 6
Schnelle Tarifeinigung nicht zu erwarten 6
Bekämpfung von Gewalt 7
Lass gut sein, Klaus 7

Wahlen

Schuld nicht auf Wahlvorstände abschieben! 8
Debakel verhindert 9
dbb Mitglieder im Abgeordnetenhaus 10

Titelgeschichte

Ein Hauch von Ewigkeit ... 12

Unterhaltung

„Alas Mediterraneum“ in Wilmersdorf 14
Preisausschreiben 15
Gewinner 15

Zum Schluss

HPR warnt vor Rückfall in Sparpolitik 16
175 Jahre Staatsanwaltschaften Berlin 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Holger Koppatsch, Empfangshalle im Krematorium Berlin, Baumschulenweg

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes

dbb Experten legen grundlegende Weichenstellungen fest

Mit ausgewiesenen Mitbestimmungsexpertinnen und -experten des dbb berlin aus verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung war ein am 11. und 12. Oktober in Erfurt mithilfe der dbb akademie durchgeführtes Seminar besetzt, bei dem unter anderem notwendige Änderungsvorschläge des Berliner Landespersonalvertretungsgesetzes erarbeitet wurden. Der dbb berlin wird Anregungen und Wünsche bei der anstehenden Novellierung des Berliner Gesetzes an die Politik herantragen.

Mit großem Fachwissen analysierten die 14 Teilnehmer, die ausnahmslos über einen reichen Erfahrungsschatz in der Personalratsarbeit verfügen beziehungsweise aktiv in Haupt-, Gesamt- oder örtlichen Personalräten tätig sind, die geltenden Vorschriften, stellten sie den novellierten Bundesregelungen gegenüber und reklamierten Änderungsbedarf, der die praktische Arbeit künftig noch effizienter gestalten und erleichtern soll.



Seminarleiter Frank Becker

von Betriebsratsmitgliedern bei einer Beschäftigtenzahl von 200 beginnt, im Personalvertretungsrecht dagegen erst bei 300, obwohl der Arbeitsanfall in den Mitbestimmungsgremien vergleichbar ist und ständig ansteigt. Auch der stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrats Berlin, Rolf Herrmann, sieht in der Herabsetzung der für Freistellungen von Personalratsmitgliedern maßgeblichen Beschäftigungszahlen vorrangigen und unverzüglichen Änderungsbedarf.

Auf den Nägeln brennt den Expertinnen und Experten ganz besonders die Anpassung des Gesetzes an die moderne Arbeitswelt. „Mit keinem Satz werden moderne Kommunikationsmittel erwähnt“, bringt die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Berliner Finanzämter und stellvertretende dbb Landesvorsitzende Martina Riedel die Notwendigkeit auf den Punkt. Und ihr Kollege aus dem Gesamtpersonalrat, Frank Schröder, pflichtet bei: „Elektronik, ohne deren Hilfe, die Personalratsarbeit in den aktuellen Pandemiezeiten zum Erliegen gekommen wäre, taucht mit keinem Wort im Gesetz auf.“

Freistellungsregelungen anpassen

Für den stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Torsten Jaehne, der über jahrelange Erfahrungen auch im Betriebsverfassungsrecht verfügt, ist überhaupt nicht einsichtig, warum dort die Freistellung

Mehr Kontinuität und bessere Schulung gefordert

Mehr Kontinuität durch eine Verlängerung der Amtszeit der Personalräte von vier auf fünf Jahre wünscht sich Astrid Just, Mitglied im Gesamtpersonalrat der Polizei Berlin, in einer Berliner Gesetzesnovelle. Um neuen Kolleginnen und Kollegen möglichst früh die Möglichkeit zur Mitgestaltung der Personalratsarbeit zu verschaffen, plädiert sie außerdem dafür, dass die Wählbarkeit bereits nach einer Beschäftigungszeit von sechs Monaten im Dienst des Landes Berlin möglich sein soll.

Rechtzeitige und vermehrte Schulungsangebote für Wahlvorstände und neu gewählte Personalratsmitglieder stehen auf der Wunschliste der stellvertretenden Landesvorsitzenden Heike Breuning bei der Fortentwicklung des Berliner Personalvertretungsgesetzes



Martina Riedel



Torsten Jaehne



Rolf Herrmann



Bernd Raue



Astrid Just



Thomas Goiny

ganz weit oben, dicht gefolgt von Freistellungsregelungen analog dem Betriebsverfassungsgesetz.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit praktizieren!

Sehr viel grundsätzlicher äußerten sich Thomas Goiny und Ulf Melchert, beide stellvertretende Vorsitzende im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz: Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Goiny, der auch Mitglied im örtlichen Personalrat der Justizvollzugsanstalt Tegel ist, sieht erhebliche Defizite bei Arbeitgebern und Dienststellen, was die Beachtung des PersVG Berlin angeht. Unkenntnis über die gesetzlichen Bestimmungen und Verstöße seien praktisch an der Tagesordnung. Deshalb seine Hauptforderung: Schulung der Führungskräfte im Personalvertretungsrecht und über die rechtlichen Grundlagen der Schwerbehinderten- und Frauenvertretung, über die ebenfalls oft Unkenntnis herrsche.

Auf die Intensivierung der im Gesetz verankerten vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalrat zielt die Forderung seines Kollegen im Gesamtpersonalrat Justiz, Ulf Melchert, ab: „Frühzeitige Information des Personalrats ist dabei der zentrale Punkt, alles andere folgt daraus“, so Melchert wörtlich oder anders ausgedrückt: „Schon wenn eine für die Beschäftigten relevante Überlegung im Kopf des Dienststellenleiters entsteht, sollte sie idealerweise in den Personalrat hineingetragen werden, damit in vertrauensvoller Zusammenarbeit eine gemeinsame Lösung erarbeitet werden kann. Verspätete oder gar keine Unterrichtungen darf es nicht geben.“

Wahlzeitraum verkürzen!

Weitere bei dem Seminar erarbeitete Vorschläge für eine Fortentwicklung des Berliner Personalvertretungsgesetzes fasste schließlich der langjährige ehemalige stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin, Bernd Raue, zusammen, der mit dem Personalvertretungsrecht auf allervertrautestem Fuße steht und seit vielen Jahren sehr erfolgreich dbb Personalratsmitglieder schult: „Der Zeitraum für die Durchführung der Berliner Personalratswahlen muss künftig von zweieinhalb auf maximal einen Monat verkürzt werden, schon um die abgegebenen Stimmen zeitnäher auszählen zu können. Und wegen der Vielzahl der Seiteneinsteiger, die in höherem Lebensalter eine Ausbildung im öffentlichen Dienst aufnehmen, sollte konsequenterweise das Wählbarkeitsalter in eine Auszubildendenvertretung von 27 auf 35 Jahre heraufgesetzt werden.“

Angerissen wurden, so Raue, auch Tatbestände, die künftig der Mitbestimmung statt der wesentlich schwächeren Mitwirkung des Personalrats unterliegen sollten, und Datenschutzfragen.

Expertenrunden werden fortgesetzt!

Am Ende der zweitägigen Veranstaltung war klar, dass trotz intensivster Arbeit nicht alle Bestimmungen des geltenden Gesetzes überprüft werden konnten. dbb Landeschef Frank Becker, der die Leitung des Spezialseminars übernommen hatte, kündigte deshalb weitere Expertenrunden an, die sich etwa mit Fragen des Datenschutzes und einem Ausbau der Mitbestimmung befassen werden. ■



Heike Breuning



Frank Schröder



Ulf Melchert

© Friedhelm Windmüller (10)

Altersgrenze

Gleichbehandlung darf keine Einbahnstraße sein!

Der dbb berlin wertet Überlegungen, die Altersgrenzen für die Berliner Beamtinnen und Beamten heraufzusetzen, als weiteren Versuch, längst überfälligen Problemlösungen auszuweichen. Denn der alarmierende Personalnotstand in Berlin ist auf diese Weise weder zu lösen noch entscheidend einzudämmen. Im Gegenteil, wenn die „Gleichbehandlung der Beamten“ weiterhin nur auf der Negativseite zu Buche schlagen soll, dürfte die nächste Abwanderungswelle nicht lange auf sich warten lassen.

„Gleichbehandlung darf keine Einbahnstraße sein: Dazu gehört vor allem, dass die Gehälter endlich an das Niveau der beim Bund arbeitenden Kolleginnen und Kollegen angepasst werden, dass alle Berliner Lehrer(innen) – wie in der übrigen Republik – verbeamtet werden und dass verfassungsrechtliche Vorgaben bei der Bezahlung Beachtung finden“, stellt dbb Landeschef Becker klar. Bevor diese Ungleichbehandlungen der Landesbeamtinnen und -beamten nicht bereinigt seien, verbiete sich jeder weitere Einschnitt bei den Beschäftigungsbedingungen.

Darüber hinaus müsse befürchtet werden, dass bei einer chronisch überlasteten Beamtenschaft zusätzliche Anforderungen zu erheblichen gesundheitlichen Leistungseinschränkungen führen werden, zumal der Arbeitsalltag in der Metropole die Kolleginnen und Kollegen vor besondere Anforderungen stellt. Insbesondere gelte das auch für den Vollzug (beispielsweise also Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug), wo sich die extreme Überbelastung bereits jetzt gesundheitlich auswirkt. ■

Tarifrunde der Länder

Schnelle Einigung nicht zu erwarten

Bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder stehen die Zeichen nicht auf schneller Einigung. Die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, die Tarifexperte in der Landesleitung des dbb berlin ist, befürchtet, dass die Arbeitgeber sehr kurzsichtig handeln und sich hinter dem Diktat der leeren Kassen verschanzen werden.

„Es wäre mehr als verhängnisvoll, wenn die öffentlichen Arbeitgeber die katastrophale Personalsituation aus den Augen verlören“, warnt Synnöve Nüchter. Denn der enge Zusammenhang zwischen Nachwuchsgewinnung und angemessener Bezahlung habe gerade in Berlin zu leidvollen Konsequenzen geführt. Geradezu händeringend würde mit allenfalls mäßigem Ergebnis nach neuem, qualifiziertem Personal gesucht. Die unzureichende Bezahlung erweise sich immer wieder als entscheidender Wettbewerbsnachteil.

Zum Auftakt der Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (Tdl) am 8. Oktober hat die dbb Landesleitung deshalb deutlich Flagge gezeigt: dbb Landeschef Frank Becker sowie seine Stellvertreter Synnöve Nüchter und Thomas Goiny waren vor Ort vor der Landesvertretung von Baden-

Württemberg, um die 5-Prozent-Forderung der dbb tarifunion zu unterstreichen.

Die zweite und dritte Verhandlungsrunde finden am 1./2. November 2021 und am 27./28. November 2021 in Potsdam statt. ■



Frank Becker (Mitte) und Synnöve Nüchter (rechts) am 8. Oktober in Berlin

Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte

Becker: Wir lassen nicht locker!

dbb Landeschef Frank Becker hat die Entschlossenheit seiner Organisation bekräftigt, der Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Einhalt zu gebieten. Am Rande einer Arbeitstagung am 11. Oktober 2021 in Erfurt unterstrich Becker, dass der Mitte Juni von dbb berlin, DGB Berlin-Brandenburg und dem Regierenden Bürgermeister unterzeichneten Grundsatzerklärung baldmöglichst weitere konkrete Schritte folgen sollen, um Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten in Berlin zu wahren.

„Unabdingbar ist“, so Becker, „dass endlich alle Gewalttaten gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes erfasst und dokumentiert werden.“ Gegenwärtig gäbe es keinerlei verlässliche Zahlen, die das Ausmaß belegen. Vielmehr bewege man sich in einer Grauzone, in der vermutlich die Dimension der Problematik deutlich unterschätzt wird.

Jedem Übergriff müsse überdies eine Strafanzeige folgen. „Ein Abwiegeln oder Herunterspielen der Straftaten als ‚Berufsrisiko‘, speziell in der Eingriffsverwaltung, darf es nicht geben. Der dbb berlin, der auch Initiator der Grundsatzklärung war, wird in dieser Angelegenheit nicht locker lassen“, versicherte Becker. ■



© PublicDomainPictures/Pixabay

Lass gut sein, Klaus ...

So hat kurz, knapp und kopfschüttelnd dbb Landeschef Frank Becker den unerwarteten Vorstoß des früheren Berliner Regierungschefs Klaus Wowereit kommentiert. Medienwirksam wie in seinen besten Zeiten hat der Ex-Bürgermeister im Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) nicht etwa eine Reform im öffentlichen Dienst gefordert. Eine Revolution soll her. Ob Wowereit tatsächlich vom Saulus zum Paulus mutiert ist und sich statt Kahlschlag neuerdings für Personalverstärkung erwärmen kann, sei dahingestellt. Ganz bestimmt nicht erwärmen können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst für Wowereit-Revolutionen, die sie bis heute allmonatlich viele Euro und Überstunden kosten.

Berliner Wahldebakel

Schuld nicht auf Wahlvorstände abschieben

Die Wahlen am 26. September 2021 standen in Berlin unter keinem glücklichen Stern. Lange Warteschlangen vor und Stimmzettelwirrwarr in den Wahllokalen kennzeichneten die Szene. Erklärungen aus dem politischen Raum für die Pannen sind bislang alles andere als schlüssig und die Gefahr ist groß, dass der öffentliche Dienst, der das Gros der Wahlhelfer stellt, als Sündenbock erhalten soll.

Tatsächlich, so die Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Daniela Ortmann, dürften es die vielen Wahlhelfer aus dem öffentlichen Dienst gewesen sein, die die Wahl letztendlich gerettet haben. Sehr viel naheliegender ist, dass das Desaster Ergebnis einer Desorganisation war, die insbesondere von unzureichendem Personaleinsatz, zu wenigen Wahllokalen und eklatanten Fehlern bei der Stimmzettelzuordnung gekennzeichnet war.

Fragen über Fragen

„Hat eigentlich niemand im Vorfeld einen Probelauf veranlasst, wie lange es dauert, bis hundert Leute die Stimmzettelflut bewältigt haben?“, fragt Daniela Ortmann. Und muss nicht in Corona-Zeiten, in denen schon das kleinste Erkältungssymptom zur freiwilligen Quarantäne verpflichtet, damit gerechnet werden, dass mehr freiwillige Helfer als gewöhnlich am Wahltag erkrankt sind. Fragen über Fragen, ganz abgesehen von dem falschen Stimmzettelversand durch die Druckerei und den Transportbehinderungen durch den zeitgleichen Marathonlauf. Daniela Ortmann, die selbst als Wahlvorstandsvorsitzende in Charlottenburg das Wahlchaos miterlebte, ist jedenfalls fest entschlossen, klärende Gespräche zu führen – schon allein, damit das Ansehen des Berliner öffentlichen Dienstes nicht beschädigt wird. „Denn der öffentliche Dienst in Berlin ist leistungsfähig und zuverlässig, wenn ihm ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung stehen“, betont die HPR-Vorsitzende und legt damit den Finger auf einen entscheidenden Knackpunkt des Organisationsversagens bei der Wahl.

Becker dankt Helfern

dbb Landeschef Frank Becker teilt den Unmut der HPR-Vorsitzenden voll und ganz: „Bei derartig zahlreichen und gravierenden Schnitzern in der Wahlvorbereitung verbietet sich die Kritik an den Helferinnen und Helfern, die in 16- bis 17-stündigem Einsatz chaotische Zustände bestmöglich unter Kontrolle gebracht haben.“ Der dbb berlin, dessen Mitglieder in hohem Maße freiwilligen Einsatz am Wahltag geleistet haben, dankt allen, die unter den desaströsen Bedingungen den Ablauf der Wahl gesichert haben. Wir verwahren uns energisch gegen direkte oder indirekte Schuldzuweisungen

an die großenteils mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes besetzten freiwilligen Wahlvorstände“, ließ der dbb Landeschef wissen.

Sondersitzung im Innenausschuss

Mittlerweile treten immer mehr Schlapereien im Vorfeld der Wahlen zutage. So wurde bei einer Sondersitzung des Innenausschusses im Abgeordnetenhaus am 15. Oktober klar, dass Wähler nach Hause geschickt werden mussten, Briefwahlunterlagen nicht rechtzeitig eintrafen, bei Weitem nicht alle Wahllokale für Behinderte erreichbar waren, Stimmzettel von entnervten Wahlausschüssen kopiert worden waren, potenzielle Wähler angesichts endloser Warteschlangen vor den Wahllokalen resigniert und unverrichteter Dinge wieder den Heimweg antraten und so weiter, und so weiter.

Abwegige Vorgabe

Der von Daniela Ortmann angezweifelte Probewahl-durchgang hat übrigens stattgefunden – allerdings mit seinem überaus sportlichen Resultat noch zum Desaster beigetragen: Ganze drei Minuten wurden danach für einen Wahlvorgang veranschlagt – und das bei fünf umfänglichen Stimmzetteln. Aber selbst unter Einhaltung dieser abwegigen Vorgabe, rechnete ein Abgeordneter im Innenausschuss vor, hätten Wahllokale und Wahlkabinen nicht ausgereicht, um lange Warteschlangen zu verhindern. Aufhorchen ließ ein Eingeständnis des Innensenators vor dem Ausschuss, nämlich dass eine personelle Aufstockung der Wahlämter in den Bezirken wegen der dort herrschenden personellen Engpässe offenbar nicht möglich sei. „Es fehlte allerdings jeglicher Hinweis, dass die Personalnot hausgemacht ist und der noch amtierende Senat sich trotz aller Warnungen immer wieder geweigert hat, den Landesdienst wettbewerbsfähig zu machen. Ohne ein unverzügliches Umsteuern wird dies vermutlich nicht die letzte Panne gewesen sein“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker das Eingeständnis. Nach der Veröffentlichung des offiziellen Wahlergebnisses im Amtsblatt kann gerichtlich gegen die Wahlen vorgegangen werden, und es steht zu befürchten, dass man sich in Berlin noch lange mit diesem unseligen Wahltag befassen wird. ■

Stimmbezirk Charlottenburg Nord

Wahldebakel verhindert!

Glück im Berliner Wahldebakel hatte der Wahlbezirk Charlottenburg Nord. Dort bewahrte die Vorsitzende des Wahlausschusses, Martina Riedel, ihres Zeichens stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Berliner Finanzämter, trotz zahlreicher organisatorischer Pannen klaren Kopf und schaffte es mit ihrem Team, Endloswarteschlangen der Wähler zu vermeiden und die Wahlhandlungen bis 18.30 Uhr abzuschließen.

Beendet war Martina Riedels Arbeitstag damit allerdings noch lange nicht, denn erst nach Mitternacht konnte sie endlich die gesammelten Wahlunterlagen im Bezirkswahlamt Charlottenburg ordnungsgemäß übergeben. Begonnen hatte der Wahltag für die Vorsitzende des Wahlausschusses bereits um sieben Uhr morgens – leider gleich mit zwei bösen Überraschungen: Zum einen waren fünf hintereinanderliegende Klassenräume zu Wahllokalen bestimmt worden, sodass allen Corona-Abstandsregeln zum Trotz Gedränge auf dem relativ engen Flur kaum zu verhindern war bzw. der Besucherstrom von Wahlhelfern ständig gelenkt werden musste.

Glücklicher Stimmzettelumtausch

Der nächste Schreck ließ nicht lange auf sich warten: Für die Bundestagswahl waren falsche Stimmzettel geliefert worden. Martina Riedel, die über einen breiten Erfahrungsschatz als Wahlhelferin und auch als Vorsitzende des Wahlvorstands verfügt, reagierte schnell und veranlasste unverzüglich den Umtausch der falschen Stimmzettel im zuständigen Bezirkswahlamt. „Mein Stellvertreter, der die Aufgabe übernahm, hatte Glück“, meinte sie gegenüber dem hauptstadt magazin „denn die Strecke des ebenfalls am 26. September durchgeführten Berlin-Marathons musste dabei nicht gekreuzt werden, andernfalls hätten die Ordner an der Laufstrecke den Weg versperrt.“

Für das Stimmzettelchaos, das berlinweit zum Problem wurde, hatte ganz offensichtlich ein fehlerhafter Versand durch die Druckerei gesorgt, von dem das Wahllokal in Charlottenburg Nord gleich zweimal betroffen war. Denn auch eine weitere Stimmzettellieferung in den Mittagsstunden erwies sich als fehlerhaft und Martina Riedel musste den ohnedies bereits ungeduldig wartenden Wahlberechtigten zeitliche Verzögerungen wegen ausgehender Stimmzettel in Aussicht stellen, denn wieder war ihr Stellvertreter zum Stimmzetteltausch auf dem Weg ins Wahlamt.

Zeitaufwendiger Abstimmungs-marathon

Wartezeiten von einer halben Stunde hatten sich zu diesem Zeitpunkt vor allem wegen des zeitaufwendigen Abstimmungs-marathons gebildet, den Berliner Wähler zu absolvieren hatten – galt es doch, den Deutschen Bundestag, das Berliner Abgeordnetenhaus, die Bezirksvertretungen zu wählen und noch über den Volksentscheid zur Enteignung von Wohnungsgesellschaften abzustimmen. Von Pausen konnte der Wahlvorstand, dem auch der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Torsten Jaehne als Schriftführer angehörte, unter diesen Bedingungen nur träumen, zumal pandemiebedingt weniger Wahlkabinen zur Verfügung standen, die überdies regelmäßig gründlich desinfiziert werden mussten.

Trotzdem gelang es Riedels achtköpfigem Team mit unermüdlichem Einsatz die Wahlhandlungen bis 18.30 Uhr abzuschließen, um dann in das durch die Mehrfachwahl sehr verkomplizierte Auszählungsverfahren einzutreten. „Wenig erfreulich ist es allerdings“, kritisiert Riedel, „wenn am Ende dieses langwierigen Prozesses das Wahlamt für die Durchsage des Ergebnisses nicht alle Telefonleitungen besetzt hält und nur sehr schwer zu erreichen ist. Schließlich muss der Wahlvorstand im Anschluss noch für die Rückverwandlung des Wahllokals in ein ganz normales Klassenzimmer für den Schulbetrieb am nächsten Morgen sorgen.“

Sehr kritisch beurteilt sie die Arbeitsbedingungen nicht nur in den Wahllokalen, sondern auch beim Bezirkswahlamt, das im Keller des Rathauses Charlottenburg bei völlig unzureichender Beleuchtung Wahlunterlagen prüfen musste. Ein Rätsel ist ihr darüber hinaus, warum die fehlerhafte Zustellung der Stimmzettel durch die Druckerei, die schon beim Versand der Briefwahlunterlagen auffallen musste, nicht rechtzeitig unterbunden wurde. Erheblichen Verbesserungsbedarf sieht sie schließlich beim Freizeitausgleich für die Wahlhelfer. ■

dbb Mitglieder im Abgeordnetenhaus

dbb Landeschef Becker setzt auf gute Zusammenarbeit

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin sind wieder einige Mitglieder des dbb berlin in das Landesparlament eingezogen. dbb Landeschef Frank Becker hat den neu oder auch wiedergewählten Parlamentariern herzlich gratuliert und eine erfolgreiche Amtsperiode gewünscht. Vor allem aber setzt Becker auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Abgeordneten aus der „dbb Familie“. Das hauptstadt magazin stellt zwei von ihnen – einen neu und einen wiedergewählten Vertreter vor:

Neu im Berliner Abgeordnetenhaus, aber keineswegs Neuling in der Berliner Politik ist Dirk Liebe (SPD). Der frühere stellvertretende gkl berlin-Vorsitzende hat über viele Jahre der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg angehört, wo er bis zuletzt im Jugendhilfeausschuss, in den Ausschüssen für Schule und Sport sowie Haushalt/Personal erfolgreich gearbeitet hat – so erfolgreich, dass er nur um 0,9 Prozent der Stimmen am Gewinn des Wahlkreises Lichtenberg II bei den Abgeordnetenhauswahlen vorbeigeschrammt ist und über die Landesliste ins Parlament einziehen wird.

Ob er dort, wie es seinen Neigungen und Erfahrungen entspräche, einem Ausschuss angehören wird, der für Schulverwaltung zuständig ist, entscheidet sich allerdings frühestens bei einer Fraktionssitzung am 26. Oktober. Als „Verwaltungsmensch“ und „Praktiker“, wie er sich selbst definiert, dürfte Dirk Liebes Sachverstand letztendlich bei einer Vielzahl von Aufgaben gefragt sein. So liegt ihm der Ausbau der ausgedünnten Berliner Verwaltung ganz besonders am Herzen. Einstellungs- und Ausbildungsmaßnahmen wären hier die nächsten Schritte. Aber auch bei der Ausstattung des Landesdienstes, angefangen von den Räumlichkeiten bis hin zur Digitalisierung, sieht Liebe viel Luft nach oben und freut sich auf einen regelmäßiger Austausch mit dem dbb berlin in diesen Fragen. Als Finanzausschussvorsitzender des dbb berlin bleibt er auch der aktiven Gewerkschaftsarbeit erhalten.

Christian Goiny (CDU) dagegen ist in der Berliner Politik längst eine feste Größe. Seit Oktober 2006 gehört er ununterbrochen dem Abgeordnetenhaus an

und arbeitet dort in drei wichtigen Ausschüssen mit: Sprecher seiner Fraktion ist der in der Materie außerordentlich erfahrene Goiny im Haushalts- und Wissenschaftsausschuss. An seiner Arbeit im Hauptausschuss schätzt er demgegenüber ganz besonders die Vielfalt der Themen, die dort zur Beratung kommen, und die Möglichkeiten, auch aus der Opposition heraus noch sinnvoll nachsteuern zu können. Mit besonders viel Herzblut engagiert sich der CDU-Politiker seit Jahren im Ausschuss für Europa- und Medienpolitik, der übrigens direkt beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt ist. Besonders erfreulich in diesem Ausschuss: Es wird parteiübergreifende Zusammenarbeit im Interesse der Sache praktiziert. Einig ist man sich insbesondere darüber, dass die ungewöhnliche Vielfalt ihrer Kunst- und Kulturszene ein ganz wichtiges Pfund ist, mit dem die eher gewerbe- und industriearme Hauptstadt wuchern kann. „Die Szene müsse deshalb – auch zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang – davor bewahrt werden, mit übermäßigen Regularien eingeeengt oder gar stranguliert zu werden“, betont Goiny.

In seinen Wahlkreis in Steglitz-Zehlendorf hat der versierte Politiker am 26. September souverän das Direktmandat gewonnen. Und noch bevor das Abgeordnetenhaus zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten ist, ist Goiny schon wieder in Sachen Medienpolitik zur Tagesordnung übergegangen: Anfang November wird er mit einer hochkarätigen Delegation von Berliner Kulturschaffenden beim Filmfestival in Thessaloniki die griechische Filmwirtschaft unterstützen. Unterstützung erfährt schließlich auch der dbb berlin von gkl-Mitglied Goiny in vielen politischen Fragen. ■



Dirk Liebe

© Jonas Holthoff



Christian Goiny

© Klaus Melzer

Krematorium Baumschulenweg

Ein Hauch von Ewigkeit ...

... umweht den Besucher des Krematoriums Berlin Baumschulenweg spätestens, wenn er die weiträumige Empfangshalle mit ihren 29 nach oben strebenden schlanken Säulen betritt. Die Anlage ist aber nicht nur ein architektonisches Kleinod, sondern auch ein Meisterwerk an technischer und organisatorischer Perfektion, wie sich das hauptstadt magazin vor Ort überzeugen konnte.



Ein Besuch des Krematoriums Baumschulenweg, das am Totensonntag zum Tag der offenen Tür lädt, lohnt schon unter ästhetischen Gesichtspunkten, haben doch die renommierten Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank, die auch für die Pläne des Regierungsviertels Spreebogen und des Bundeskanzleramts verantwortlich zeichnen, mit dem 1999 fertiggestellten Krematorium nicht nur eins der sehenswertesten modernen Bauwerke in Berlin geschaffen, sondern auch mit architektonischen Mitteln die Besonderheit und Würde des Ortes unterstrichen. Es galt, schreibt Axel Schultes, „einen Ort herzustellen, der das Vergängliche und das Endgültige ausbalanciert, das Schwere deutlich und Erleichterung möglich macht.“

Ruhe und Würde

Und tatsächlich strahlt das innen und außen komplett mit Sichtbeton und blaugrünen Elementen durchkomponierte Krematorium Schönheit, Ruhe, Licht und Würde aus – eine Atmosphäre, die in den drei Feierhallen auch den Hinterbliebenen Bedeutung und Trost und Zuversicht zu vermitteln vermag.

Die Schönheit der Anlage ist die eine Seite, ihre Funktionalität die andere. Immerhin hat es im vergangenen Jahr circa 16.000 Kremierungen in beiden Berliner Krematorien Baumschulenweg und Ruhleben gegeben, die von lediglich 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zuverlässig verwaltet und durchgeführt worden sind. Dabei sind zahlreiche Vorgaben und Voraussetzungen zu beachten: Zunächst findet vor jeder Kremierung eine zweite Leichenschau im Krematorium statt, die die Plausibilität der Todesursache prüfen soll. Das ist deshalb von Bedeutung, weil mit einer Einäscherung jedes etwaige Beweismaterial vernichtet wird. Tatsächlich hat es schon Fälle gegeben, in denen nach der zweiten Leichenschau die Kriminalpolizei eingeschaltet werden musste.

Warten auf Bestattungsunterlagen

Bevor es zur Kremierung kommt, muss der Bestatter überdies die Bestattungsunterlagen wie Totenschein und Bestattungsgenehmigung oder Sterbeurkunde beibringen. Bis diese Papiere vollständig vorliegen, werden die Särge in einem Kühllager aufbewahrt, das für insgesamt 628 Särge Platz bietet. Günstigstenfalls dauert die Einlagerung drei Tage, es kann aber umständebedingt auch zu längeren Fristen durch fehlende Unterlagen kommen.

Identität bleibt erhalten

Von der Aufnahme im Krematorium bis hin zum Versand der Asche an den Beisatzort stellt eine spezielle Software sicher, dass der Verstorbene eindeutig registriert und seine Individualität damit während des gesamten Prozesses erhalten bleibt. Das heißt, es ist absolut sicher-

gestellt, dass allein seine sterblichen Überreste am Ende beerdigt werden. Verwechslungen sind auch beim Kremierungsvorgang ausgeschlossen, weil zusätzlich zur Computersteuerung jeder Kremierung noch ein feuerfester Stein hinzugefügt wird, der die Identität der Asche ausweist. Die Asche, die nach einem fast vierstündigen Brennvorgang entnommen wird, muss anschließend noch händisch von nicht abbaubaren Teilen, wie künstlichen Gelenken, befreit werden und wird dann nochmals maschinell zerkleinert, bevor sie automatisch in eine biologisch abbaubare Urne gefüllt wird. Diese wird hermetisch verschlossen und mit den Angaben zur Identität des Verstorbenen versehen. Metallene Beschläge am Sarg werden übrigens schon vor dem Kremierungsvorgang beseitigt.

Berlinweit sorgt ein Kurierdienst für die Verteilung der Urnen auf die vorgesehenen Friedhöfe. Für den Versand innerhalb Deutschlands mit dem Messengerdienst stehen geeignete Versandkartons bereit, die übrigens, um eine Beschädigung der Urnen zu verhindern, mit doppelter Seitenpolsterung versehen sind und von den Mitarbeitern des Krematoriums selbst entworfen wurden. Der Versand innerhalb Europas oder auch in die ganze Welt ist mit speziellen Postpaketen möglich.

Erhebliche Kapazitäten

Die beiden Berliner Krematorien verfügen der Größe der Stadt entsprechend über erhebliche Kapazitäten und sind selbst für den Katastrophenfall gerüstet. Insgesamt stehen sieben Öfen, drei in Baumschulenweg und vier in Ruhleben, zur Verfügung, die je nach Bedarf eingesetzt werden und mit einer Mindesttemperatur von 650 Grad gefahren werden. Der komplizierte Kremierungsvorgang erfolgt in verschiedenen Kammern, die nach dem Hauptbrennvorgang für eine Reduzierung des Schadstoffgehalts der Asche beziehungsweise ihrer Abkühlung dienen.

Die Zahl der täglichen Kremierungen schwankt durchaus: Mit Beginn der Grippe- welle im Herbst bis ins Frühjahr hinein liegt sie bedeutend höher als in der warmen Jahreszeit.

Aufgaben der Daseinsvorsorge

Das Krematorium, mit seinen beiden Standorten Baumschulenweg und Ruhleben, gehört zum Lan-

desbetrieb, welcher die Aufgaben der Daseinsvorsorge übernimmt. Ein Teil der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nehmen die Verwaltungsaufgaben wahr, das heißt sie setzen sich mit Bestattern und Friedhofverwaltungen auseinander, besorgen die Registrierung und dokumentieren alle Einäscherungen. Insofern werden hier Aufgaben übernommen, wie man sie auch von Kirchenbüchern kennt, die gern zur Ahnenforschung herangezogen werden.

Der übrige Mitarbeiterstab gehört der technischen Abteilung an. Der Leitung obliegt es, die ausgefeilte Technik von den automatisierten Arbeitsvorgängen bis hin zu den Emissionen zu prüfen und zu überwachen. Kremationstechniker, die vorzugsweise eine handwerkliche Ausbildung und zusätzlich eine spezielle Schulung durchlaufen, begleiten und überwachen den eigentlichen Kremierungsvorgang.

Tag der offenen Tür

Wer – etwa am Tag der offenen Tür – Gelegenheit hat, nicht nur Eingangshalle und Feiersäle zu besichtigen, wird erstaunt sein, dass auch der reine Arbeitsbereich des Krematoriums nichts von der Ruhe und Würde vermissen lässt, die die öffentlichen Räume versprechen. Überall, sei es im Kühl- lager, bei den Verbrennungsöfen oder sei es in der Urnenkammer, wird Respekt vor den Verstorbenen deutlich und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses sind sich sehr wohl bewusst, dass sie einer ganz besonderen Tätigkeit nachgehen.

Weitere Informationen unter:

<https://www.krematorium-berlin.de/>



„Alas Mediterraneum“ in Wilmersdorf

Authentische Geschmackserlebnisse – mit Wohlfühlgarantie!

Wer frisch zubereitete Spezialitäten der mediterranen Küche liebt und dabei gern in eine herzliche Atmosphäre eintaucht, sollte einen Besuch im griechischen Restaurant „Alas“ in der Detmolder Straße nicht versäumen.



„Alas bedeutet Salz“, erläutert Melina Savvidis, die das Restaurant zusammen mit ihrem Mann Dimitris seit acht Jahren führt. „Und ein Gericht ohne Salz, ist wie ein Kuss ohne Liebe.“ Und so etwas wie das Salz in der Suppe mediterraner Gastlichkeit in Berlin ist den Savvidis auch in der Detmolder Straße gelungen.

Obwohl mit 60 bis 80 Plätzen und einer großen Außenterrasse relativ weiträumig, ist das Ambiente des „Alas“ ausgesprochen einladend und liebevoll gestaltet, unter anderem mit bemerkenswerten Gemälden von Künstlern aus dem Familienkreis. Vor allem aber sorgt Gastgeberin Melina mit ihrer herzlichen und zugewandten Art selbst dafür, dass ihre Gäste sich einfach wohlfühlen müssen.

Frische Zutaten aus Griechenland

Für die kulinarischen, authentisch griechischen Genüsse zeichnet in erster Linie der Hausherr verantwortlich, der nicht nur für frische, größtenteils direkt aus seinem Heimatland importierte Zutaten sorgt, sondern auch die Geheimnisse seiner Kochkunst erfolgreich an die drei Köche des Hauses weitergegeben hat.

Beim Besuch des hauptstadt magazins wurden zunächst verschiedene Cremes, Chutneys und Blätterteigpasteten serviert – alles selbstverständlich hausgemacht und durchweg ein Hochgenuss. Besondere Erwähnung verdienen auch die Salate: Egal ob mit Roten Beeten, Linsen oder Kichererbsen, die würzige und knackige Zubereitung war immer außerordentlich schmackhaft und ungewöhnlich. Die anschließend gereichte Fleischplatte bot eine köstliche Auswahl an Lammkoteletts, Souvlaki-Spießen, Gyros, kleinen Bouletten und Kalbsleber – alles auf den Punkt genau gegrillt und wunderbar saftig. Wer nach diesem Festessen noch eine Nachspeise vertragen kann, findet eine köstliche Auswahl typisch griechischer Süßspeisen auf der Speisekarte.

Weine aus wiederentdeckten Rebsorten

Eine weitere Besonderheit: Der Wein des Hauses stammt nicht nur aus Griechenland, sondern auch von wiederentdeckten, alten Rebsorten, die den Vergleich mit den hier gängigen keineswegs scheuen



Melina Savvidis im neuen Deli

müssen. Es lohnt durchaus, zum Beispiel einmal einen Xinomavro, einen Agiorgitiko oder einen Roditis zu genießen.

Mit ein wenig Glück können die Gäste ihren Wein sogar mit Musik genießen. Klavier, Gitarre oder Bouzouki stehen jedenfalls bereit, wann immer ein musikalischer Gast spontan zum Instrument greifen möchte – Mitsingen ist natürlich erlaubt!

Neueröffnung in Charlottenburg

Seit einigen Monaten gibt es einen kleineren Ableger des „Alas“ am Olivaer Platz. Das dort eröffnete Deli bietet ein überraschend breites Angebot an griechischen Spezialitäten angefangen von Olivenöl über Gewürze und Marmeladen bis hin zu Schafskäsecremes, Oliven und Süßwaren zum Einkauf an. Auch warme Getränke und Speisen in kleinerer Auswahl können mitgenommen oder an einigen Außentischen direkt verzehrt werden. Das erst wenige Monate alte Deli muss sich in Charlottenburg natürlich noch ein wenig herumsprechen, um an die Erfolgsgeschichte des „Alas Mediterraneum“ anzuknüpfen.

Einfach war allerdings trotz 40-jähriger Erfahrung im griechischen wie im deutschen Gaststättengewerbe auch der Anfang in der Detmolder Straße für die Familie Savvidis nicht. Zähe Arbeit, neue Angebote und kaum Ruhepausen haben aber zum verdienten Erfolg geführt. Das hauptstadt magazin wünscht dem Alas Mediterraneum auch für die Zukunft viele zufriedene Gäste.

Mehr Informationen und Kontakt:

www.alasmediterraneum.com
alamediterraneum@gmail.com;
alagreekdeli@gmail.com

Siegesplakette	kostbar; menschlich vornehm	Wurfscheibe	zu der Zeit, während	zartes Fleisch von der Lende	Zugmaschine (Kurzwort)	Weinstock	Brei aus Früchten, Kartoffeln	Ostgermane	Fest-Tanzraum	alkoholisches Mischgetränk	hoch achten	tierisches Milchorgan								
						Staatsform														
Gurkenkraut			3	Schutz, fürsorgliche Aufsicht				römischer Liebesgott			8	weiblicher Wassergeist								
Teil eines Wohnraumes						Strick				Unter-einheit von Euro u. Dollar										
		1	ein Balte	<p>Fünf hochwertige Stifte haben gewonnen: Ralf Weiß, 10781 Berlin, Torsten Hänsch, 10243 Berlin, Adrian Harbott, 14169 Berlin, Stefanie Held, 16727 Oberkrämer, Bernd Abels, 12205 Berlin Das Lösungswort des Oktober-Preisrätsels war „Saisonende“.</p>								Bein-gelenk								
Spaß; Unfug	nach-gemacht, imitiert		nicht öfter									Rück-seite des Unter-schenkels		kreisen lassen; wenden						
																				Ab-schieds-gruß (franz.)
Ost-slawe		Wasser-fahrzeug																der Blaue Planet		Sinnes-organ
												5	eng-lisches Bier	Loch-vor-stecher, Pfriem	große Tür, Einfahrt	Teil-zahlung		Kassen-zettel; Gut-schein	Leid, Not	
zittern			Regie-rungsge-walt Aus-übender									Raub-fisch								
						Zahlen-glücks-spiel				Aus-spritz-mund-stück			4							
Kirchen-lied			Zupf-instru-ment, Lyra					Wasser-vogel				unge-braucht								

Griechenland bittet zu Tisch

Zwei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner unseres Monatspreisrätsels dürfen dieses Mal richtig schlemmen. Erster Preis ist ein Essen für zwei Personen im Alas Mediterranum, der zweite Gewinner kann sich auf einen Geschenkkorb mit mediterranen Köstlichkeiten freuen. Beide Preise, die das Alas gesponsort hat, sollten die Rätselbegeisterung unserer Leser noch weiter verstärken.

Schicken Sie die richtige Lösung bis **20. November** an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



PREISRÄTSEL

dbb berlin



HPR warnt vor Rückfall in Sparpolitik

Der Hauptpersonalrat von Berlin hat in einem Forderungspapier vor einem Rückfall in die Sparpolitik gewarnt.

Wörtlich heißt es in dem Papier: „Nach wie vor fehlt viel Personal. In vielen Behörden sind Stellen unbesetzt. Wir bilden viel mehr aus als vor fünf Jahren. Aber es reicht nicht. Wir müssen weiterdenken. Dazu kommt, dass nicht nur aufgrund der Pandemie die öffentlichen Haushalte, auch der von Berlin, viel mehr Schulden ausweisen. Ein Rückfall in altes Sparverhalten wäre eine Katastrophe. Wo Sparpolitik hinführt, haben wir schon gelernt, und wie schwierig es ist, eine funktionierende Verwaltung danach wiederaufzubauen – damit sind wir quasi immer noch beschäftigt.“

Die Erwartungen an den neuen Senat seien die alten: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, gute Arbeitsplätze, Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Flexibilität bei Arbeitszeit und -ort zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit. Auf allen Ebenen sei darüber hinaus nochmals eine Einstellungsoffensive unabdingbar. In den nächsten fünf Jahren würden – wie schon in den letzten fünf – 50.000 neue Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst benötigt. ■

175 Jahre Staatsanwaltschaften Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaften sind am 1. Oktober 175 Jahre alt geworden. Zuvor lagen sowohl Ermittlungen als auch die Verurteilung nur in einer, nämlich der richterlichen, Hand.

Grundpfeiler der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit ist seitdem ihre Wächterfunktion gegenüber Polizei und Gerichten sowie ihre Verpflichtung zur Objektivität und Neutralität.

Generalstaatsanwältin Koppers wünschte sich in ihrem Grußwort aus Anlass des Jubiläums allerdings eine deutlich größere politische Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft und ihre verfassungsrechtliche Gleichbehandlung mit den Gerichten: „Denn nur dann, wenn sie (partei)politischen Einflüssen entzogen ist, kann Staatsanwaltschaft ihrer Wächterfunktion tatsächlich umfassend gerecht werden.“ ■



© inactive_account_ID_249/Pixabay